

RÖSLERS REISE

Noch zu retten?

In dieser Woche reist Wirtschaftsminister Philipp Rösler nach Athen, um der griechischen Wirtschaft zu helfen. Doch was braucht das Land wirklich? Eine Spurensuche

VON Petra Pinzler | 06. Oktober 2011 - 08:00 Uhr

© Orestis Panagiotou/EPA/dpa



Ein verschlossener Laden in Athen

Die Rettung Griechenlands beginnt im Keller der Sarantoporou-Straße 14. Dort liegt in einem fensterlosen, stickigen Raum eine alte Autokarosserie, daneben steht ein Tisch mit Werkzeug, davor ragt ein Roboterarm vom zerkratzten Marmorfußboden in den Raum, versehen mit merkwürdigen Armaturen. »Das«, sagt Costas Voliotis und zeigt auf das Ende des Arms, »das ist das Modernste, was es auf der Welt gibt. Ein Roboter mit Augen.«

Voliotis hat ungekämmtes Haar, trägt eine alte Jeans und ein verwaschenes schwarzes T-Shirt. Doch er ist nicht nur ein verrückter Technik-Freak mit eigenem Hobbykeller. Das wird wenig später, oben in seinem Büro, im dritten Stock der Inos GmbH, offenbar. Der Ingenieur blickt kurz auf den Bildschirm seines Computers, klickt die Internetkonferenz mit den Kollegen in Deutschland und den USA weg und startet einen Film: Da sind die Roboterarme wieder, diesmal in einer Detroit Fabrik, installiert neben einem Fließband. Auf dem werden neue Autokarosserien transportiert, die Arme bewegen sich an dem Blech entlang, die Roboteraugen sehen dabei jeden Spalt und geben das an einen Computer weiter. Eine ganz neue Prüftechnik haben die Griechen damit entwickelt, und sie spart dem Autohersteller viel Zeit und damit Geld. Für den Ingenieur beweist sie: »Wir können etwas«, sagt er, schweigt eine Weile und setzt abschwächend hinzu: »Verkauft wird das aber über Deutschland. Uns würde das wahrscheinlich niemand zutrauen.«

Voliotis kennt die täglichen griechischen Horrormeldungen: Erst Anfang der Woche musste die Regierung die Größe der Löcher im Haushalt wieder einmal nach oben korrigieren.

Erneut hat die EU die Entscheidung über neue Kredite aufgeschoben. Zahlt sie nicht, ist das Land bald pleite. Unaufhaltsam scheint der Staatsbankrott näher zu rücken. Immer lauter werden die Spekulationen über einen Ausstieg des Landes aus dem Euro. So desolat ist die Lage inzwischen, dass sogar ein kompletter Neuanfang nicht mehr utopisch scheint. Erinnerungen an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg werden wach – und an eine alte Idee. Ist den Griechen vielleicht nur noch durch einen Marshallplan zu helfen? Die Wirtschaft des Landes würde damit durch ein vom Ausland kontrolliertes und finanziertes Programm wieder aufgebaut werden. Wir retten Griechenland, indem wir statt der Haushaltslöcher viele kleine Inos GmbHs finanzieren. Und damit den Aufschwung. Warum eigentlich nicht?

Zumindest Wirtschaftsminister Philipp Rösler findet die Idee so plausibel, dass er an diesem Donnerstag zu seiner ganz persönlichen Marshall-Rettungsreise nach Athen aufbrechen wird, mit 50 Unternehmern und jeder Menge Journalisten. Schon vor Wochen hatte der Minister immer mal wieder mit dem großen M-Wort gespielt. Allerdings nutzte das der griechischen Wirtschaft wenig, im Gegenteil. Denn zwischendrin dachte der Minister ebenso gern und ebenso öffentlich über den Sinn einer Insolvenz von Euro-Mitgliedsländern nach. Prompt kriselten die Börsen, und prompt wurden die Kreditkonditionen für griechische Unternehmer noch schlechter. Wer investiert schon in einem insolventen Land? Nichts hätten die generellen Überlegungen des Ministers über die Zahlungsunfähigkeit von Euro-Ländern mit dem speziellen Fall Griechenland zu tun, heißt es seither stereotyp im Ministerium. Ach, nein?

Jetzt jedenfalls will der Minister zur Abwechslung kurz mal mit guten Nachrichten aus Athen helfen. Auf seiner 24-stündigen Stippvisite wird er den mitreisenden Mittelständlern aus der Solarbranche, dem Maschinenbau und der Nahrungsmittelindustrie raten, ihr Geld dort zu investieren. Er wird den Coralia Hightech-Park besuchen, der Regierung technische Hilfe für die Modernisierung des Staatsapparates versprechen und Unterstützung beim Aufbau einer Förderbank wie der deutschen KfW zusichern. Und dann wird er wieder abreisen. Marshall im Eilverfahren, sozusagen.

Dimitris Vergados kann darüber nur melancholisch lächeln. Was Rösler tue, sei ja nicht falsch, sagt der Finanzexperte vom SEV, dem griechischen Unternehmerverband, und er sagt es in tadellosem Oxfordenglisch. Aber dann setzt er mit einer Frage nach: »Würden Sie danach Ihr Geld in Griechenland investieren?« Er lehnt sich in seinem schweren Lederstuhl zurück und bricht schließlich das beredte Schweigen. Natürlich brauche die griechische Industrie Investitionen aus dem Ausland. Aber dass bei Rösler keine großen Unternehmen mitreisten, zeige doch die wahre Lage. Solange nicht klar sei, ob die Euro-Zone auseinanderfalle, solange täglich über die Pleite seines Landes spekuliert werde und die Märkte nicht glaubten, dass dessen Schuldenproblem wirklich gelöst sei, werde auch die Krise nicht aufhören. Griechenland helfen? Für Vergados heißt das: Europa muss erst einmal die gemeinsame Zukunft der Währungszone überzeugend erklären.

Gleichgültig, mit wem man in diesen Tagen in Athen redet, dieses Argument hört man immer wieder. Bei so viel Unsicherheit investiere niemand, also schrumpfe die Wirtschaft weiter, also nehme der Staat noch weniger ein, also stiegen die Schulden noch weiter an. Was wiederum die Wahrscheinlichkeit eines Bankrotts erhöhe. Kurz: Die Lage sei einfach trostlos. Ein junger Grieche, einer der vielen, die sich im Café stundenlang an einer Tasse Mokka festhalten und dabei über den Umzug ins Ausland nachdenken, sagt: »Der Letzte macht das Licht aus!«

»Und dann?« Martin Knapp wird wütend, wenn er solche Schwarzmalerei hört. »Alle warten nur noch auf die Katastrophe. Dabei wird Griechenland doch nicht im Meer versinken, es wird immer Teil Europas bleiben«, sagt der Chef der deutsch-griechischen Handelskammer und zeigt wie zum Beweis auf die Akropolis. Hier vom Dach des Hilton kann man sie auch nachts gut sehen, sie strahlt hell erleuchtet vor dem dunklen Himmel. Den ganzen Tag lang hat Knapp in der Tagungshalle dieses Hotels versucht, die düstere Stimmung zu vertreiben. Es sei zwar nicht egal, was mit Griechenland passiere, ob es zur Insolvenz oder zum Schuldenschnitt komme. Aber es gebe immer »einen Tag danach«. Und auch an dem würden weiter Geschäfte gemacht werden. Deswegen solle man ruhig schon jetzt über die nötigen Investitionen nachdenken, hat er Unternehmern gesagt und es auch so gemeint. Denn man müsse klar unterscheiden zwischen dem, was sich im Moment an den Finanzmärkten und bei den Staatsfinanzen abspiele, und der realen Wirtschaft.

Knapp hat Geschichte studiert, er denkt in langen Zeitspannen und er lebt schon seit Jahren in der Region. Schon vor langer Zeit hat er sich in das Land und in eine Griechin verliebt. Blauäugig ist er trotzdem nicht. Er weiß natürlich, dass die Griechen weit über ihre Verhältnisse gelebt haben und deswegen nun massiv sparen müssen: Auch in diesem Jahr wird das Loch im Haushalt mit 8,5 Prozent des Sozialproduktes weit höher liegen, als den Kreditgebern im Rest Europas versprochen wurde. Die Regierung wird also weiter die Steuern erhöhen und die Ausgaben kürzen müssen. Und doch wird das allein eben nicht reichen. Nur wenn in der Wirtschaft zusätzliches Einkommen, neue Unternehmen und Jobs entstünden und schließlich auch Steuern flössen, hätte das Land dauerhaft eine Chance, aus der Misere heraus zu kommen.

Genau da sieht Knapp aber gar nicht so schwarz. »Es ist im Grunde alles da, um aus Griechenland ein wirtschaftlich erfolgreiches Land zu machen«, sagt er und zählt dann auf: Es gäbe viele gut ausgebildete Menschen. Das Land gehöre kulturell zu Europa und ökonomisch zum Binnenmarkt, habe traditionell gute Kontakte in den Balkan. Und es existierten eine Reihe von Branchen, in denen sich das Investieren langfristig durchaus lohne.

Eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey kommt in diesen Tagen zu einem ähnlich positiven Urteil. Überraschend klar bescheinigen die Berater, dass in den kommenden zehn Jahren 520.000 neue Jobs entstehen, die Schlüsselbranchen jährlich um drei Prozent wachsen könnten. Bisher hätte Griechenland zu viel konsumiert und zu

wenig investiert. 97 Prozent des Inlandsproduktes sei durch den Konsum entstanden, in Kontinentaleuropa läge diese Rate gerade mal bei 71 Prozent. Künftig gehe es also darum, mehr zu produzieren. Dabei nennt die Studie explizit die Landwirtschaft: Ähnlich wie Italien könnte auch Griechenland mehr anbauen und seine Produkte viel besser und teurer vermarkten. Auch im Tourismus könnten neue Jobs entstehen, wenn Angebote für Luxus- und Gesundheitsreisende ausgebaut würden. Die Energiebranche könnte modernisiert werden ebenso wie die Bauindustrie.

Die Regierung hört solchen Vorschlägen inzwischen mit Interesse zu, schon aus Verzweiflung. »Es ist klar, dass wir nicht nur durch Sparen aus der Krise kommen. Wir müssen wachsen, und dabei spielt mein Aufgabenfeld eine wichtige Rolle: Ich bin unter anderem für Energiefragen und für die Abfallentsorgung zuständig«, sagt Minister Giorgos Papakonstantinou und verspricht, dass künftig viele Projekte schneller und leichter genehmigt werden sollen. Er tourt selbst quer durch Europa, um für das neue Griechenland zu werben. Unter dem Namen Helios will er künftig in großem Stil griechische Solarenergie in andere EU-Länder exportieren. Langfristig hofft er dabei auf bis zu 20 Milliarden ausländische Investitionen (siehe auch Seite 39). Auch in der Abfallentsorgung und der Kälteämmung sieht er große Chancen.

Nun gilt für Unternehmensberatungen genauso wie für Minister: Visionen lassen sich leicht formulieren. Viel interessanter ist die Reaktion auf die Frage: Warum hat das bisher niemand versucht? »Wegen der Bürokratie«, lautet unisono die ebenso simple wie direkte Antwort. »Griechenland ist eine der am stärksten regulierten Ökonomien Europas. Die Wirtschaft leide unter zu vielen Regeln: bei der Landnutzung, bei einzelnen stark regulierten Märkten und beim hochkomplexen Steuer- und Genehmigungssystem, wie in der McKinsey-Studie nachzulesen ist. Der Umweltminister bietet ein Beispiel: »Bisher brauchten Sie eine Umweltfolgenabschätzung, um ein Hotel mitten in der Stadt zu bauen. Künftig müssen Sie nur noch ein paar Kriterien erfüllen, die Sie im Internet finden können. Das sind einfache Dinge, die wir schnell tun können.« Und dann komme die Wirtschaft auch wieder in Schwung. Das sagt der Minister zwar nicht ausdrücklich, doch die Hoffnung schwingt unausgesprochen mit.

Doch ist Griechenlands Rettung wirklich so einfach? Ein paar ausländische Investitionen in die richtigen Projekte, die längst warten, nun aber durch den Abbau von unnützen Regeln endlich starten können? Als die Amerikaner kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Marshallplan umsetzten und 14 Milliarden Dollar (heute wären das etwa 100 Milliarden) in die europäische Wirtschaft pumpten, lag Europa zwar am Boden, verfügte aber über die Grundlagen für den Aufschwung. Es gab also zugleich eine Stunde null und viel Spielraum. Viele Länder hatten keine Bürokratie mehr, es gab weder Regeln, Pfründen noch Besitzstände. Und es galt, den Hunger zu bekämpfen und nicht die Verschwendung – der mentale Zustand der Völker war also ein völlig anderer. Damals konnte alles nur besser werden. In Griechenland aber wird für viele Bürger künftig vieles teurer und erst einmal schlechter. Ein heutiger Marshallplan müsste also nicht nur frisches Geld

in die Privatwirtschaft pumpen. Er müsste vor allem dafür sorgen, dass ein hochgradig ineffizienter Staat umgebaut wird. Und zwar in Windeseile.

Petros Markaris hält das für die wahre Herkulesaufgabe. Der Krimi-Bestsellerautor hat einst in Wien Ökonomie studiert. Seine Fälle spielen gern schon mal im politökonomischen Sumpf Athens und erzählen mehr über die wirtschaftspolitische Realität des Landes als jede Studie der EU-Kommission. In seinem jüngsten Buch *Faule Kredite* muss der ermittelnde Kommissar Kostas Charitos die Morde an Bankern und Spekulanten aufklären. Die wurden geköpft.

Sein Land beschreibt Markaris allerdings nicht als Opfer von bösen Bankern, Eurokraten oder gar der Deutschen. Er verurteilt vielmehr die eigene Elite und ganz besonders die beiden großen Parteien. Die hätten Griechenland in eine tiefe Krise des politischen Systems gestürzt. Daraus gebe es kein schnelles Entkommen, etwa durch flottes Sparen oder ein paar Reformgesetze. »Seit Griechenland der EU beigetreten ist, haben alle Parteien sich unausgesprochen auf folgenden gemeinsamen Kurs geeinigt: Wir bekommen Geld von der EU, und wir können es verteilen«, sagt Markaris. Die Politiker hätten den Staat unter sich und ihrer Klientel aufgeteilt. Und die anderen hätten in der Hoffnung geschwiegen, dass sie auch mal drankämen: »Griechenland ist ein zutiefst ungerechtes Land, weil es ein zutiefst korruptes ist.«

Markaris ist ein wütender Autor. Er schimpft in leichtem Wiener Schmä, redet sich in Rage und in die Verzweiflung: »Bis sich in Griechenland etwas grundlegend ändert, wird es wahrscheinlich Jahre dauern – schon wegen der Mentalität der Leute.« Hoffnungslos sei die Lage, hoffnungslos. Hört man Markaris zu, entsteht vor dem geistigen Auge ein Land, das auf der Suche nach den besten politischen Rezepten nicht den sonst üblichen Streit zwischen rechten und linken Parteien ausficht. Sein Griechenland ist ein Land, in dem ein riesiger Staatsapparat das Volk ausgebeutet und damit immer mehr gelähmt hat, unter dessen aktiver Mitwisserschaft. Bis zum Kollaps und sogar danach noch. Selbst in den vergangenen zwei Jahren, als die Regierung endlich mit dem Reformieren anfang, hätte sie die Privilegien der Staatsangestellten bewahrt und lieber die Steuern angehoben. »Der Mittelstand muss immer neue Steuern zahlen, zugleich hat man den maroden öffentlichen Sektor weitgehend unangetastet gelassen. Und das soll Politik sein?«, fragt Markaris. Dass die Leute davon langsam die Nase voll hätten und protestierten, sei doch kein Wunder.

Athen liegt in diesen Tagen tatsächlich immer wieder lahm. Es fährt kein Bus, keine U-Bahn und nur gelegentlich ein Taxi. Streik folgt auf Streik, so wie in den vergangenen Monaten eine Steuer auf die nächste folgte. Im Moment protestieren vor allem die Staatsangestellten, denn die Regierung hat in den vergangenen Tagen damit begonnen, bei der eigenen Klientel zu kürzen: 768.009 Beamte hat sie im vergangenen Jahr gezählt, eine stattliche Zahl für ein so kleines Land. 30.000 sollen nun gehen, erst in eine Art Kurzarbeit und wenn sie keinen Job finden, in die Arbeitslosigkeit. »Wir operieren am

offenen Herzen«, sagt einer der gescholtenen Politiker und setzt hinzu: »Mag sein, dass wir zu lange gewartet haben. Aber Strukturreformen brauchen nun einmal Zeit.«

Nur, die hat das Land nicht mehr. Denn die EU und die anderen Kreditgeber wollen nicht alle paar Monate wieder hören, dass die Sparziele verpasst worden sind. Sie wollen Ergebnisse, und zwar bald, schon um vor ihren Bürgern neue Hilfskredite rechtfertigen zu können.

Ob man seinem Land von außen helfen könne? Der Krimi-Autor Markaris antwortet auf die vorsichtige Frage mit einer radikalen Klarheit. »Mit dem ersten Marshallplan hat Griechenland nach dem Krieg seine ganze Produktion und sein Kleingewerbe neu aufgebaut. Das ginge heute auch, aber nur, wenn Sie es so machen wie damals die Amerikaner. Die hätten gesagt: »Wir entscheiden.« Das müssten die Europäer jetzt auch tun und sagen: Wir haben das Geld, wir entscheiden, was damit gemacht wird.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2011/41/Griechenland-Wirtschaft>